

04.05.2006 Schule der Zukunft - Zukunft der Schule Was kann und soll Schule in Zukunft leisten

Was macht eine „Schule der Zukunft“ aus? Bei seinem Vortrag auf Einladung des Fördervereins nannte der bayerische Staatssekretär Karl Freller verschiedene Voraussetzungen, wie ein Ende der Spezialisierung der Ausbildungsberufe oder weiterhin die Persönlichkeitsbildung von Schülern. Die Politik hat aber auch den Wunsch nach mehr Eigenständigkeit an Schulen erkannt, wie das Projekt „Modus 21“ mit mehr Verantwortung in Sachen Finanz und Bildung zeigt, das ausgedehnt werden soll.

Das Ende der Spezialisierung von Ausbildungsberufen war ein Punkt, der Freller besonders am Herzen lag. Wenn auch der Anspruch an die Arbeitnehmer gerade im Handwerk gestiegen sei, müsse weiterhin eine breit angelegte Ausbildung gewährleistet sein. In der Pflicht sieht er hier weniger Schulen oder die Politik, sondern vielmehr die Wirtschaftsverbände. Denn eine weitere Spezialisierung hätte besonders für Berufsschulen im ländlichen Raum fatale Auswirkungen wenn immer neue Klassen gebildet werden müssten, was mittelfristig einen Abzug der Jugendlichen an Schulen im Ballungsraum zur Folge hätte.

Seitens der Wirtschaft brauchen Schulen außerdem im Hinblick auf den Ausbildungsmarkt Unterstützung, so Freller. Sämtliche schulischen Bemühungen verlaufen nach seiner Ansicht im Sande, wenn den Jugendlichen Perspektiven fehlen, da ein Ausbildungsplatz nach dem Schulabschluss in weite Ferne gerückt ist. „Ein enorm wichtiger Auftrag“ sei daher die Bereitstellung von Lehrstellen, wie Freller findet, der auf die Statistik verwies, die zum 31. März für 100 Jugendliche lediglich 64 gemeldete Ausbildungsplätze vorsah.

Zu berücksichtigen seien hier noch die zahlreichen, in Qualifizierungsmaßnahmen „geparkten“ Schulabgänger sowie die wachsende Zahl von Jugendlichen, die an den Hauptschulen die Abschlussklasse freiwillig wiederholt, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. „Das kann die Schule auf Dauer nicht leisten“, gab Freller nicht nur die psychologischen Auswirkungen für die Schüler, sondern auch die durch die zusätzlichen Schüler gebundenen Kapazitäten an den Schulen zu bedenken. Sogar, wenn Jugendliche nach der Ausbildung von den Betrieben nicht übernommen werden können, sollten diese nach Frellers Auffassung Azubis einstellen. Zumal, da Unternehmen so dem in einigen Jahren zu befürchtenden Fachkräftemangel im eigenen Interesse entgegenwirken könnten.

Was nun das Projekt „Modus 21“ angeht, soll die Eigenverantwortung von Schulen neben den Handlungsfeldern Bildung und Finanzen in den Bereichen Personal, Unterricht und Organisationsentwicklung gestärkt werden; Dazu zählt allerdings auch das Thema „Personalentwicklung und -Verantwortung“, das von Reinhard Streng, Vorsitzender des Fördervereins der Berufsschule, als Problembereich skizziert worden war. Oftmals gelte es für Schulen, einen Notstand zu verwalten, da Fachlehrer nicht zur Verfügung stehen. Dann ginge es nicht nur um die Kürzung von Neben-, sondern von prüfungsrelevanten Fächern, informierte Streng. Auch zahlreiche Lehrkräfte hätten unter den momentanen Bedingungen zu leiden, da sie sich von einem Jahresvertrag zum nächsten hangeln, ohne dass eine Festanstellung auf Angestelltenbasis in erreichbare Nähe rückt, von einer Verbeamtung ganz zu schweigen.

Zwar konnte und wollte sich Freller in Bezug auf die Festanstellung nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, der Berufsschule sicherte er aber zumindest zu, auch im nächsten Schuljahr den Pflichtunterricht definitiv nicht angreifen zu müssen.

Eine ähnliche Zusage entlockte dem Staatssekretär mit Irmgard Kornprobst die Leiterin des Berufsbildungszentrums Scheinfeld. „Wir bemühen uns nach Kräften, dass sie den Pflichtunterricht abhalten können“, bemühte Freller bezüglich Scheinfeld allerdings bewusst eine nach eigener Aussage „typisch“ vorsichtige Aussage eines Politikers. Freuen konnten sich die Schulleiter auch über Frellers Prognose, dass Berufsschulen in Bayern ihren „hohen Stellenwert“ behalten werden. Mit Blick auf die guten Kontakte der Berufsschule im Landkreis zur Wirtschaft - die sich in der Besetzung des Vorstandes des Fördervereins widerspiegelt - sah Freller die Einrichtung zusätzlich auf einem guten Weg.

Für die Vereinsmitglieder unter den Zuhörern standen neben dem Vortrag des Staatssekretärs zunächst einige Regularien an. Außer dem Kassenbericht des Vereins zur Förderung der Berufsschule gehörte hierzu die Neuwahl des Vorstandes, bei der Vorsitzender Reinhard Streng ebenso in seinem Amt bestätigt wurde, wie seine Stellvertreter Dr. Norbert Teltschik und Ute Reuther-Bub. Als Kassier wurde Robert Gressel wiedergewählt, als Schriftführerin Renate Meinschmidt, als Beisitzer Susanne Lang, Gerhard Gerhäuser, Andreas Gerhard, Harald Heinlein und Harald Riegler.

Überschattet wurde die Veranstaltung vom plötzlichen Tod des bisherigen Schulleiters Dr. Reinhard Die-sner, vor wenigen Wochen, dem die Versammlung zu Beginn gedachte. Wie Reinhard Streng zeigte sich auch Staatssekretär Freller erschüttert, ihm zufolge hat das bayerische Schulwesen eine „hervorragende Persönlichkeit“ verloren. Mit Diessner sei ein „besonderer Schulleiter“ verstorben, dessen ständigem Zutun die positive Entwicklung der Berufsschule in den vergangenen Jahren zu verdanken sei.